

Dennis Gärtner

Ausgewählte Rechtsprobleme bei  
der Beurteilung von Küstenmeer-  
Windenergieprojekten nach dem  
Bundes-Immissionsschutzgesetz



**Nomos**

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Problemstellung	17
Erster Abschnitt	
Anwendbarkeit des BImSchG für Küstenmeer-Windenergieprojekte	23
A. Geltungsbereich des BImSchG	23
I. Räumliche Anwendbarkeit des BImSchG für Küstenmeer-Windenergieanlagen	23
1. Gebietshoheit und Geltungsbereich des BImSchG im Küstenmeer	23
2. Festlegungen des Völkerrechts	24
3. Zoneneinteilung an den Küsten der Ost- und Nordsee	25
4. Innerstaatliche Festlegungen	27
II. Sachlich-gegenständlicher Geltungsbereich des BImSchG für Küstenmeer-Windenergieprojekte	29
1. Kennzeichen des sachlich-gegenständlichen Geltungsbereichs des BImSchG	29
2. Einschränkung des sachlich-gegenständlichen Geltungsbereichs des BImSchG	31
3. Einzelne Küstenmeer-Windenergieanlagen als Anlagen gemäß § 3 Abs. 5 BImSchG	33
a) Küstenmeer-Windenergieanlagen als ortsfeste Einrichtung nach § 3 Abs. 5 Nr. 1 BImSchG	34
b) Speziell: Ortsfestigkeit der Einrichtung	37
c) Ergebnis	39
4. Errichtung und Betrieb der Küstenmeer-Windenergieprojekte	39
III. Küstenmeer-Windenergieprojekte und Sinn und Zweck des BImSchG	40
B. Ergebnis	45

Zweiter Abschnitt	
Genehmigungsbedürftigkeit von Küstenmeer-Windenergieprojekten	46
<b>A. Gesetzssystematik</b>	48
I. Geltungsbereich der 4. BImSchV in Abgrenzung zum BImSchG	48
II. Der Anlagenbegriff der Betriebsstätte nach § 3 Abs. 5 BImSchG	49
III. Systematik der 4. BImSchV bei der Ermittlung des Gegenstands und des Umfangs des Genehmigungsobjekts	55
1. § 1 Abs. 1 der 4. BImSchV	55
2. § 1 Abs. 2 der 4. BImSchV	57
a) Beziehung von § 1 Abs. 2 der 4. BImSchV zu der Aufzählung im Anhang der 4. BImSchV	57
b) Anwendbarkeit von § 1 Abs. 2 der 4. BImSchV auf Einzel- und Gesamtanlagen	59
3. § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV	60
4. § 1 Abs. 4 der 4. BImSchV und § 1 Abs. 5 der 4. BImSchV	61
5. Zusammenfassung	62
<b>B. Anforderungen an Gegenstand und Umfang eines Genehmigungsobjekts</b>	62
I. Allgemeine Beurteilungsgrundsätze bei der Anwendung des § 1 Abs. 1 der 4. BImSchV i.V.m. dem Anhang zur 4. BImSchV	62
II. Anlagentyp	63
III. Begrenzende Wirkung von § 4 Abs. 1 Satz 1 BImSchG	64
IV. Umfänglicher Begriff eines Genehmigungsobjekts	67
1. Einzelanlage oder Gesamtanlage als Genehmigungsobjekt	67
2. § 1 Abs. 2 der 4. BImSchV	69
a) Voraussetzungen des Kernbestands i.S.d. § 1 Abs. 2 Nr. 1 der 4. BImSchV	70
b) Nebeneinrichtungen i.S.d. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der 4. BImSchV	72
3. § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV in Abgrenzung zu § 1 Abs. 2 der 4. BImSchV	73
<b>C. Beurteilung der Genehmigungsbedürftigkeit von Küstenmeer-Windenergieprojekten</b>	75
I. Abgrenzung der Windkraftanlagen von anderen im Anhang aufgeführten Genehmigungsobjekten	75
II. Windkraftanlagen als Genehmigungsobjekte	76
1. Auslegung der Regelung unter Nr. 1.6 des Anhangs zur 4. BImSchV	77
2. Regelung des § 2 Abs. 1 Nr. 1 lit. c der 4. BImSchV	80
a) Zweckrichtung der Änderungsverordnung 2005 ausgehend von der amtlichen Begründung	81
b) Exkurs: UVP-Pflicht und immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbedürftigkeit	83
3. Zusammenfassung und Ergebnis	88

### Dritter Abschnitt

Betreiberpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG bei Windkraftanlagen in Küstenmeer-Windenergieprojekten	90
A. § 5 Abs. 1 Nr. 1 1. Alt. BImSchG - „schädliche Umwelteinwirkungen“	91
I. Immissionen nach § 3 Abs. 2 BImSchG	92
II. Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen i.S.d. § 3 Abs. 1 BImSchG	96
III. Wahrscheinlichkeit der negativen Effekte des § 3 Abs. 1 BImSchG	97
IV. Beziehung der Anlageemissionen bzw. sonstiger Auswirkungen zu den Immissionen bzw. sonstigen Gefahren nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	98
B. Sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen, § 5 Abs. 1 Nr. 1 2. Alt. BImSchG	99
C. Wahrscheinlichkeitsaussage des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	100
I. Wahrscheinlichkeitsgrad und Wahrscheinlichkeitsmaßstab	101
II. Grundsätze der Ermittlung und Bewertung der Wahrscheinlichkeit im Rahmen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	102
D. Erheblichkeit der negativen Effekte in § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	103
E. Zusammenfassung	104

### Vierter Abschnitt

Die Vorsorgepflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG als verfassungsgemäße Grundlage zur Beurteilung von Küstenmeer-Windenergieprojekten	105
A. Inhalt, Zweck und Ziel des im BImSchG umgesetzten Vorsorgegrundsatzes	106
I. Anlagensicherheit und Vorsorgeprinzip	107
II. Inhalt und Grenzen der Norm	110
B. Abgrenzung der Vorsorgepflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG zur Schutzpflicht des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG	112
I. Begriffliche Grenze zwischen Schutzgrundsatz und Vorsorgegrundsatz	112
II. Konkrete Definition der begrifflich vielgestaltigen Grenzbestimmung bei ungesicherter Wahrscheinlichkeit - Maßstab der Abgrenzung und genaue Trennungslinie	117
1. Gefahrenverdacht - Exkurs in das allgemeine Polizeirecht	118
2. Meinungsstand zur Anwendbarkeit des Gefahrenverdachts im BImSchG	120
3. Einordnung des Gefahrenverdachts im Kontinuum des Schutz- und Vorsorgegrundsatzes	122

4.	Eigene Lösung zur Grenzbestimmung	124
a)	Ursache, Kausalität und Effekt des zugrundegelegten Sachverhalts und die damit verbundene Unsicherheit - Erste Prognose	127
b)	Unsicherheit über das (zukünftige) Vorliegen des zugrundegelegten Sachverhalts - Zweite Prognose	128
c)	Ergebnisse	134
C.	Reichweite und Verfassungsmäßigkeit der Vorsorgepflicht in § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG bei der Beurteilung von Küstenmeer-Windenergieprojekten	136
I.	Bestandsaufnahme	137
1.	Anlagen im Zusammenhang mit der Nutzung der Kernenergie	137
2.	Fluglärm	141
3.	Müllverbrennungsanlagen	142
4.	Gentechnik	144
5.	Elektrosmog	146
a)	Risiken und Grenzwertnormierungen	146
b)	Elektrosmog auf Grund niederfrequenter Strahlung	149
c)	Elektrosmog auf Grund hochfrequenter Strahlung	150
6.	Herstellung ultrafeiner Metall- und Keramikpulver (Nanopulver)	154
II.	Verfassungsgemäße Bestimmung der Grenze des Vorsorgegrundsatzes bei Küstenmeer-Windenergieprojekten	156
1.	Verfassungsrechtliche Schutzpflicht – Grundsätze	158
a)	Rechtsgrundlage der verfassungsrechtlichen Schutzpflicht und Anforderungen an die Schutzverpflichteten	158
b)	Schutzfähige Rechtsgüter, Inhalt und Grenzen der Schutzpflicht	161
2.	Rechtliche Kategorien zur Risikogrenzbestimmung	163
a)	Wesentliche Eckpunkte der vorgenommenen Bestandsaufnahme zu den Diskussionen über bereichsspezifische Gesetze	163
b)	Spezifika der Küstenmeer-Windenergieprojekte	167
c)	Art. 20 a GG und Umweltrisiken	172
d)	Verfassungskonforme Bestimmung der Grenze des immissionsschutzrechtlichen Vorsorgegrundsatzes zum hinnehmbaren Risiko für die Küstenmeer-Windenergieprojekte	178
aa)	Unzulässigkeit von Küstenmeer-Windenergieprojekten - unabhängig von bestehenden Bedenken oder Befürchtungen	181
bb)	Auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Bedenken und Befürchtungen gegen Küstenmeer-Windenergieprojekte	182

cc)	Bedenken oder Befürchtungen gegen die Küstenmeer-Windenergieprojekte auf wissenschaftlich noch ungesicherter Basis	188
3.	Anforderungen an die Verwaltung bei der Beurteilung von Küstenmeer-Windenergieprojekten	191
a)	Behördliches Entscheidungsschema bei der Ermittlung und Bewertung der Sachlage im Zusammenhang mit der Beurteilung von Emissionen und Immissionen	191
b)	Verzahnung von eigenen Entscheidungen der zuständigen Genehmigungsbehörde mit dem zu Rate gezogenen Sachverstand im Rahmen der Prüfung von Vorsorgemaßnahmen	194
c)	Verwaltungstätigkeit und Forschungsverpflichtung	196
aa)	Streitstand	196
bb)	Eigene Position	197
III.	Ergebnisse	201
	Zusammenfassung der Ergebnisse	203
	Literaturverzeichnis	207